

Inserate

werden angenommen

in Posen bei der Redaktion
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ges. Ad. Schles. Hofsieferant,
Gr. Gerber- u. Breitfett-Gute,
Ollo Rieckhoff, in Firma
J. Krumau, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
F. Nachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
und "Posener Theil" in Posen.

Nr. 882

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
am Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
 ganz Deutschland. Beziehungen nehmen alle Ausgaben
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Reunionsneuzigster Jahrgang.

Freitag, 16. Dezember.

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unserer
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kd. Post, Hasenleben & Vogel A.
G. J. Debe & Co., Frankfurt.

Verantwortlich für den
Inseratenbeitriff:
J. Klugkist
in Posen.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 15. Dezember, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Am Bundesrathstische: Graf Caprivi, v. Kaltenborn-
Stachau, v. Bötticher, v. Marshall, v. Malzahn,
Hanauer u. A.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. der Erlassverteilung. Abg. Richter: Der Herr Kriegsminister hat neulich ausgesprochen, daß diese kleine Militärvorlage un trennbar sei von der großen. Wäre das der Fall, dann könnte es leicht kommen, daß die große Militärvorlage diese kleine mit in den Abgrund zieht. Ich würde dies bedauern und meine, daß diese Vorlage durchaus allein ihren Weg gehen kann. Ich stehe derselben ganz anders gegenüber, als jener anderen. Das Grundsprinzip dieser Vorlage, statt der Bevölkerungsgrößer die Zahl der Diensttauglichen dem Aushebungsgeschäft zu Grunde zu legen, billige ich durchaus. Durch dieses Prinzip wird das platten Land entlastet, weil die Städte, wie überhaupt die Industriebezirke, unter der gleichen Anzahl von Altersgenossen mehr Bevölkerung haben, als das platten Land. Nun will es mir aber scheinen, als sollte dieses Prinzip nur gelten innerhalb der sechzehn preußischen Armeekorps einer- und der anderen Armeekorps andererseits, als ob also nach wie vor das Prinzip der Bevölkerungsgrößer maßgebend sein soll für die Vertheilung des Gesamtbedarfs, unter die einzelnen Staaten, und als ob das Prinzip der Zahl der Diensttauglichen Geltung nur erlangen soll innerhalb der einzelnen Staaten. Auch müßten die Einjährigen-Freiwilligen miteingerechnet werden, sonst würde die Ungerechtigkeit des bisherigen Maßstabes fortbestehen im Verhältniß zwischen den Bezirken mit bemittelsterer Bevölkerung und mit vielen höheren Schulen. Zu bemängeln habe ich noch, daß Artikel II zwar die diesem Gesetz entgegenstehenden bisherigen gesetzlichen Bestimmungen einschließlich der einschlägigen Verfassungsbefestigung aufhebt, ohne diese Bestimmungen genau anzugeben. Letzteres müßte geschehen. Daß diese Vorlage ebenfalls an die Kommission für die große Militärvorlage geht, dagegen habe ich nichts einzubringen; aber ich hoffe, daß dieses Gesetz nicht etwa an das Schicksal der großen Militärvorlage gebunden sein möge.

Abg. v. d. Schulenburg-Beeckendorf (cons.): Wir stehen dieser Vorlage freundlich gegenüber, theilen auch nicht die Bedenken des Vorredners. Eine Gesamt-Verteilung auf das ganze Reich geht nicht, denn das widerspricht bestehenden Abmachungen. Auch die Anrechnung der Einjährigen-Freiwilligen verbietet sich, weil dadurch das ganze Prinzip des Einjährigen-Wesens durchbrochen werden würde. Das Prinzip der Vorlage entspricht jedenfalls der ausgleichenden Gerechtigkeit. Auch glaube ich, es werde Niemand sich abhalten lassen, dieses Gesetz anzunehmen ganz ohne Müßiggang darauf, wie das Schicksal der großen Vorlage ausfallen. Die Hoffnung, daß es auch über die große Vorlage noch zu einer Veränderung kommen werde, möchte ich noch nicht aufgeben. Dieses Gesetz werden meine Freunde und ich jedenfalls annehmen.

Bayerischer General-Major v. Haag: Dem Abg. Richter bemerkte ich nur, daß in Bayern die Heeresverteilung bestimmt und daß die Vertheilung des Ersatzes auf die einzelnen Armeekorps durch den Kriegsminister erfolgt.

Abg. Möller (natlib.) stimmt dem Prinzip des Gesetzes zu. Dasselbe sei Vorbedingung für das große Militärgefecht. Die formalen Bedenken des Abg. Richter würden in der Kommission zu erwägen sein. Was die Einjährigen-Frage anlange, so ist meiner Ansicht nach die Sache so zu machen, daß die Einziehung der Einjährigen in dem Besitzte erfolge, wo sie ihre Heimat haben.

Abg. Richter erwidert dem bayerischen Bevollmächtigten, Bayern habe sein Reservatrecht doch auch in der Frage der Brannweinstuer aufgegeben, weshalb also nicht hier? Am wichtigsten ist

es doch, das Prinzip dieses Gesetzes für das ganze Reich in seiner Gesamtheit durchzuführen.

Hierauf wird hierauf der Militärikommission überwiesen.

Abg. Dr. Horwitz (dfr.): Der Staatssekretär hat die Behauptung zurückgeworfen, als ob dies Gesetz ab irato aus Anlaß eines Spezialfalls gemacht worden ist. Es ist doch aber zugegeben worden, daß der Prozeß Heinze die Ursache zu dem Gesetz gewesen ist. Da können doch Bedenken auftauchen, ob sich die Verfasser des Gesetzes in dem Zustand befunden haben, aus ruhigen Erwägungen heraus ein derartiges Gesetz machen zu können. Die Notwendigkeit des Gesetzes ist nicht nachgewiesen worden. Außerdem aber entbehrt die Vorlage des Charakters der Einheitlichkeit. Nach einem einzelnen Fall in Berlin kann doch nicht eine Organisation geschaffen werden, die für das ganze Reich gelten soll. So weit sind wir doch noch nicht zentralisiert. Seit dem Prozeß Heinze sind manche bösen Schäden auf dem betr. Gebiete gebessert worden, weil die Polizeiorgane schärfer eingegriffen haben. Durch das energische Auftreten des Polizeipräsidienten haben sich die Dinge besser oder doch weniger schlecht gestaltet. Die statistischen Tabellen ergeben, daß die Proportionalzahl der Sittlichkeitsverbrechen sich gemindert hat. Wer die Kultur- und Sittengeschichte kennt, weiß, daß auch eine Hochstule der sittlichen Verderbnis wieder abnimmt. Man hat niemals mit solchen gesetzlichen Maßregeln etwas erreicht, auch nicht im Mittelalter, das zahlreiche derartige Bestimmungen traf. Jede höhere Kultur bringt auch Erneuerungen mit sich, die deren Ergebnisse zum Theil ins Gegenthell verkehren. Aber das läßt sich nicht ändern, und die Kulturzentren würde die Sache noch verschlimmern, anstatt die Zustände zu verbessern. Der Ausschluß der Offenheitlichkeit ist ganz ungerechtfertigt. Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß, wenn man dem Richter das Maß von Ansehen und Würde erhalten will, das er notwendig hat, wenn man ihn nicht zum Handarbeiter herabdrücken, ihm nicht so große Arbeitslast auferlegen darf, wie das namentlich in Preußen geschieht. Das schädigt die Rechtspflege. Beleidigt man dieses System, so nützt man der Rechtspflege mehr als durch solche Vorlagen, wie wir sie hier haben. Die Bestimmung, daß auch der Chemann als Zuhörer betrachtet werden könne, ist sehr bedenklich und kann in der Justiztat zu den merkwürdigsten Konsequenzen führen. Auch die Bestimmungen über die unzüchtige Literatur sind zu weitgehend, und werden zu einer mechanischen Abgrenzung dessen führen, was landespolitisch anständig ist oder nicht. Wollen Sie etwa einen Gerichtshof einsetzen, der, wie es einst in Frankreich geschah, Literaturwerke "in usum Delphini" faßt? Vor allem aber ist darauf hinzuweisen, daß das Hauptontinent der Konsumenten dieser elselhaften Literatur in den höheren Kreisen zu suchen ist. Welt mehr als politische Bestimmungen wird daher zur Eindämmung dieser Schriften beitragen, wenn jeder in seinem Kreise dazu beiträgt, das Sittlichkeitsgefühl zu heben. Möge in der Kommission ernstlich geprüft werden, ob ein solches Gesetz notwendig ist.

Geheimrat Lucas: Ich versage mir, auf die Ausführungen des Vorredners im einzelnen etwas zu erwidern. Nur gegen zwei Punkte möchte ich Widerspruch erheben, zunächst gegen die Bemerkung, daß unsere Richter in Preußen wie Tagelöhner behandelt werden. Ich kann nicht erkennen, in welchem Zusammenhang diese Bemerkung mit dem heutigen Gegenstand der Tagesordnung steht. Diese Auffassung ist eine irrthümliche. Die preußische Staatsverwaltung hat von der Stellung ihrer Richter eine zu hohe Aufsicht, als daß sie sie wie Tagelöhner behandeln sollte. Sie ist vielmehr bestrebt, ihre Arbeitslast zu ermäßigen im Interesse der Justiz, soweit äußere und finanzielle Verhältnisse das zulassen. Es ist nicht richtig, daß das Gesetz ein Gelegenheitsgesetz ist. Es ist schon hinsichtlich nachgewiesen worden, daß die Missstände, die in dem Prozeß Heinze zu Tage getreten sind, sich weit über den Rahmen dieses Prozesses und weit über Berlin hinaus erstrecken.

Wo solche Missstände vorhanden sind, hat der Gesetzgeber die Pflicht, einzutreten, und wenn einmal ein äußerer Anlaß diese Missstände in besonderes Licht setzt, so kann man doch einem Gesetz nicht den Vorwurf eines Gelegenheitsgesetzes machen. In diesem Sinne, wie diese Vorlage ein Gelegenheitsgesetz ist, sind es die meisten. Einzelne Bestimmungen haben sich ergeben aus dem allgemeinen Bedürfnis, und lediglich in der Natur der Sache liegt es, daß dieselben nicht so organisch zusammengelegt sind wie ein allgemeines Lehrbuch. Das liegt eben daran, daß es hier galt, praktisch ins Leben einzutreten. Über die Bestimmungen wegen Bestrafung der Herstellung von unzüchtigen Schriften und Bildern wird sich wohl eine Verständigung in der Kommission herbeiführen lassen. Die Rechter wird, wenn Sie bessere Vorschläge machen, Entgegenkommen zeigen. Lebhaft angegriffen wird die Gesetzesänderung, daß die öffentliche Ausstellung von Abbildungen und Darstellungen schon dann zur Strafe gezogen werden soll, wenn diese Dinge, ohne im juristischen Sinne unsittlich zu sein, dennoch das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzen können. Daß ein Bedürfnis hierfür vorliegt, die Überzeugung gewinnt man durch einen Spaziergang durch die Straßen von Berlin. Man sieht an manchen Schaufenstern Ansammlungen von halbwüchsigen Menschen, auch Schulkinder, und die Neugierde ist gerichtet auf Bilder, von denen der Latenverstand sagt, sie sind unsittlich oder schamlos. Die öffentliche Ausstellung dieser Bilder ist nicht notwendig zur Befriedigung künstlerischer Interessen. Diese Bilder sind einfach ein Volkskörper, eine niedrige Reklame, die nicht den Schutz des Gesetzes verdient. Es ist im höchsten Grade unerwünscht, daß die heranwachsende Jugend täglich decte vor Augen hat. In den kleineren Städten ist das nicht möglich; dort würde ein Sturm der Entrüstung des anständigen Publikums solche Bilder hinwegfegen. Will man der Hauptstadt ein solches Privilegium verschaffen, das wäre ein privilegium odiosum. Die Polizei kann dagegen nicht genügend einschreiten, und die Prozeß der Gerichte war bis jetzt zu widerstreitend und zu milde. Eine Verständigung wird schon herbeigeführt werden können, wenn sich das Haus nur über den Grundgedanken einigt. Durch den Paragraphen des Gesetzes betreffend die Strafverfügung soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß Personen, auf welche eine moralische Strafe nicht mehr wirkt, eine Strafe zuertheilt wird, die, einmal erlassen, ihnen lange vor der Seele steht. Die bloße Freiheitsstrafe hat nur für die eine Wirkung, welche es für eine Schande halten, überhaupt in das Gefängnis zu kommen. Für diese wird auch keine Strafverschärfung in Vorschlag gebracht. Hier aber handelt es sich um Personen, welche in Brutalität und Nohheit verirrt sind, für die eine moralische Verurtheilung keinen Zweck hat. Für diese Personen ist eine Gefängnisstrafe in der jetzigen Form viel zu gering. Das Mahl, welches sie erhalten, ist gerade nicht opulent, aber angemessen. Außerdem finden sie bei ihrem gleichgearteten Zellenangehörigen vergnügte Gesellschaft. Deshalb muß für sie eine Strafe festgesetzt werden, welche sie am eigenen Leibe empfinden. Dadurch soll einem Bedürfnis abgeholfen werden, welches gerade in der letzten Zeit flagrant geworden ist. Das beweisen Zeitungsberichte und tägliche Erfahrungen. Der Zeitpunkt, hier energisch einzutreten, ist jetzt gekommen. Die Strafverschärfung richtet sich nur, wie ausdrücklich betont ist, gegen Nohheit und Brutalität. Sie kann deshalb nicht gegen einen Brezgergen angewandt werden. Verschwindende Ausnahmen können vorkommen, aber die müssen auch getroffen werden. Stellen Sie sich auch dem Gedanken der Strafverschärfung wohlwollend gegenüber, damit wir in der Kommission ein Einverständnis erzielen.

Abg. Rintelen (dfr.) erklärt sich für die Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Neben Einzelheiten könne dort gesprochen werden, die gehörten nicht ins Plenum. Eines Gesetzes bedürfe es durchaus. Wenn Abg. Bebel das vorherige Mal dem Christenthum vorgeworfen habe, daß es gegen die Unsitlichkeit

Der russische Clerus.

(Von unserem Korrespondenten.)

(Nachdruck verboten.)

Riga, 10. Dez.

Ihnen sagen, werther Leser, was ein russischer Pope ist, mag nicht überflüssig sein. Sie meinen vielleicht, er ist ein Geistlicher wie jeder andere, nur etwas dunkel schattig, nur slobig im Kern, Moral, Bildung, kurz: eine schlechte Ausgabe. Das ist gefehlt, mein Werther! Das Ihnen vorschwebende Konterfei des Popes ist lediglich ein schwacher Schattenrisch der Wirklichkeit. Die Tug in Russland hält oder bringt mehr menschliche Verkommenheit, als die Tug irgendwie verantworten könnte und auch nirgends hat die vermessene Hand mehr Falschmünzerei getrieben, als die Zunge eines russischen Geistesmannes in der Religion.

Wie sehr sonst die Regierung auf ihre Popen als Grundstücken des autokratischen Staates Gewicht legt, aber sie menschenwürdig ernähren will sie nicht. Was die Regierung einem Pope an Gage zahlt, reicht gerade dazu, sich den Hunger vom Leibe zu halten. Es ist, als wenn es der Regierung Spaß mache, zuzusehen, wie ein Mann, den Hungerpennig in der Tasche und das Gebetbuch in der Hand sich durch das Leben durchschlafen wird. Darum wirkt sich der Pope auf seine Gemeinde und saugt Geichente, gewissermaßen Almojen von ihrer Mildherzigkeit aus. Und dazu bietet der griechisch-orthodoxe Kultus bei einiger Schläue des Popes bestens die Möglichkeit. So viele kirchliche Gebräuchlichkeiten gibt es ja, aus welchen sich ein Angelhafen schmieden läßt für die Taschen der Gemeinde. So besteht allenthalben ein Handel mit geweihten Kerzen und Lichtern; der Pope läßt die Kerzen die Gemeinde sich abkaufen und wer etwas übrig hat, will doch nicht so lumpig sein, daß er nicht auch eine Münze über den Steuerzettel auf den Zählzettel rollen läßt, umso mehr, da ihm längst klar gemacht worden ist, daß, wenn Gott schon gern läche, wenn man der Kirche zahlt, was ihr zufolge, es noch lieber läche, wenn man auch zahlt, was ihr nicht zufolge. Viele Kerzenhäuser geben die Waare dem Pope als Geschenk wieder zurück und dieser wird sie das nächste Mal natürlich wieder an den Mann

bringen. So stellt der Pope gelegentlich außerordentliche Heiligenbilder zeitweise in der Kirche auf und von den Gläubigen, die sie anbeten kommen, erhebt er eine Kontribution. Die Heiligenbilder kann man doch nur gegen schweres Geld kriegen, meint der Pope und ihm nach meint es die Gemeinde und bleibt das schwere Geld. Also findet der Pope dies und das, jenes und anderes, was ihm Geld in den Schoß wirft. Braucht man den Popen auswärts zu einer kirchlichen Funktion, wie zur Taufe, Einführung u. s. w., so will er nebst dem Wort des Bittstellers auch immer Goldklang hören. Und erheblich muß es klingen, oder der Pope ist nicht von der Stelle zu rücken. Umsonst giebt es nichts, der Tod ist umsonst. Auf dem Lande trägt der Mensch seinem heiligen Bäckerchen auch ohne seineszeitigen Anlaß Gaben ins Haus, wie eigens zu diesem Zweck gebakene schwachhaften Bröte, Eier, ein Stück Fleisch und was sich sonst in der Wirtschaft finden läßt. Auch Branntwein wird dem Popen zum Geschäft gemacht. Gemeinhin erwartet man keinen Gegendienst von dem Beschenkten, sondern man will sich dadurch blos besser in der Schrift im Himmel stellen. Mitunter freilich verlangt dieser oder jener Bauer, daß der Pope für das ihm dargebrachte Stück Speck oder die Flasche Branntwein ein gutes Wetter zur Ernte mache — natürlich kraft einer Fürbitte — oder daß er ihm ein Bild lüssen lasse oder ihm ein Gebet vorlese. Der Pope entspricht dann in seiner Weise gern der vorgebrachten Bitte. Die so große religiöse Dummheit des Volkes in den Dörfern sowohl wie in den Städten wird durch die Popen auf diese Weise immer fortgenährt und raffinirt ausgebeutet.

In seiner Geistesbildung erhebt sich der russische Landgeistliche nicht viel über das Niveau der Geistesbildung des Volkes.

Das wenige Geisteslicht, das er im Seminar auch nur so zwischen Thür und Angel gesammelt, verküsst sich in ihm unter dem Einfluß des ihn umgebenden gemeinen Lebens und auch in Folge seiner eigenen Indolenz. Im Dorfe unterscheidet sich der Pope in seiner Lebensweise auch fast gar nicht von den Bauern. Wie

diese lebt er schmutzig in seiner Klausur, wie diese trinkt, zaunkt, läßt und spektakelt er, wobei es gleichgültig bleibt, ob die Bielsche seiner Auslassung ein Fremder oder ein Glied seiner Fa-

milie ist. Seine Familie sieht dem Dorfpopen überhaupt außer den Grenzen der Liebe, Achtung und Pflege. Sei es die Tochter oder der Sohn, jedes treibt, unbekümmert um das Familienhaupt, was ihm beliebt und zusagt. Die Popenkinder sind dann in der Regel so verwildert, wie die Dorfrangen, mit denen sie durch Umgang auch verwachsen sind. Selbst sittliche Verbrechen liegen für den Popen nicht immer in einem zu vermeidenden Gebiete, wie daß so oft durch elstatische Fälle bekannt geworden ist. Moralisches ist der russische Geistliche also ein ganz ungemeinbarer Mensch und anstatt das verhumpfte Volk durch Beispiel seiner Person und durch das Wort zu heben, liegt er selbst in der Kloake der Sittenlosigkeit. Darum hat der Bauer auch keine Achtung vor dem Popen als Menschen. Er kann seinen Ulf mit ihm treiben und ihn höhnen, verpinken, wenn er betrunknen durch das Dorf wandt; jedoch begegnet der Bauer dem Popen in seiner Amtsgegenwart, so macht ihn der in seinem Blute stehende Mythismus alles wieder vergessen und derselbe Mann, der gestern vielleicht in der Gosse lag, erscheint ihm nun mit einer Erfurz gebietender Heiligengloriole ums Haupt. Der Dorfgeistliche besitzt zu seinem Pfarrhof auch immer ein Stückchen Land, und so treibt er auch Landwirtschaft. Aber nicht auf eine bessere Weise, als der Bauer. Dieser ist faul und geradezu ausgezeichnet unpraktisch und auch der Popen faullenzt und treibt bei der wenigen Regelmäßigkeit noch alles verkehrt, — dieser überläßt es Gott, eine Ernte zu geben auch so, so, und jener thut's, und somit wäre bei ihnen eigentlich Gott der richtige Adelknecht. Wie es in jeder Regel Ausnahmen giebt, so giebt es freilich auch unter dem Popenthum ganz ehrenwerte, gebildete und durchaus gesellschaftsfähige Priester, aber leider darf man nicht sagen, daß man hier unter hundert Bestätigungen der Regel immer zwei Abweichungen finden dürfte.

Ein merkwürdiger Brauch besteht für die russische Geistlichkeit insofern, daß ein aus dem Seminar entlassener Popenkandidat im Leben noch lange kein Pope werden darf, auch nicht der Gehilfe eines Popen. Der Kandidat muß sich erst die Sporen verdienen; er muß Schulmeister sein und nebenbei Psalmsänger. Nach ein paar Jahren derartigen Dienstes kann er bei sich biedender Bafanz

Inserate, die sich gespaltenen Zeitzeiten oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe im 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

nichts gethan habe, so sei das unrichtig. Der Staat müsse da repressiv eingreifen, wo die Heilmittel der Kirche nicht ausreichen. Die Kirche würde auch mehr leisten können, wenn der Staat ihr vollständige Freiheit liefe und ihr die gebührende Macht über die Schule gäbe. Die Bestimmungen der Vorlage über die Strafverschärfungen seien zu geahnt, es müssten die Fälle spezialisiert werden, in denen eine Strafverjährung eintreten könne. Die Vorläufe zur Beschränkung der Öffentlichkeit seien zu weitgehend, die gegenwärtige Strafprozeßordnung gebe schon genügend Mittel an die Hand zum Ausschluß der Öffentlichkeit. Dieser Ausschluß finde schon jetzt öfter als nothwendig statt, wie das der Prozeß Ahlwardt gezeigt habe. Man habe vielfach behauptet, die Vorlage führe die Kaserne rung der Prostituierten ein. Wo steht das? Völlig unrichtig sei die Behauptung des Abg. Bebel, daß die heutige Gesellschaft die Prostitution befördere. Gerade der sozialistische Zukunftstaat thue das, denn die freie Liebe führe zur Prostitution des ganzen weiblichen Geschlechts.

Abg. Hahn (dl.) erklärt, daß die konservative Partei im Großen und Ganzen auf dem Boden der Vorlage stehe. Nur in einem Punkt welche Redner mit der kleinen Anzahl seiner Freunde von den Ausführungen des Abg. v. Hollecker ab, nämlich in der Frage der Kaserne rung. Die ethischen Bedenken gegen die Kaserne rung seien schwerwiegender als die Gründe für dieselbe. Die evangelische Generalsynode habe einstimmig die Kaserne rung verworfen.

Abg. Piechel (nl.) erkennt für sich persönlich die Nothwendigkeit für ein gesetzliches Einschreiten gegen das Zuhälterthum an und zwar auf Grund persönlicher Erfahrungen als Richter. Nicht nothwendig aber sei ein Spezialgesetz mit so welttragenden und eingreifenden Bestimmungen wie das vorliegende. Redner wendet sich darauf gegen verschiedene Behauptungen des Abg. Bebel und erklärt, daß der sozialdemokratische Staat, der die Theilung des Eigentums herbeiführe (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), keineswegs die sittlichen Zustände bessern werde.

Abg. Stadthagen (S.-D.): Wie wollen Sie die Zuhälter ausrotten? Die Polizei kann nicht ihre Aufgaben gegen das Zuhälterthum erfüllen, weil ihr zu viele Befugnisse eingeräumt sind, weil sie in die verschiedenartigsten Verhältnisse eingreift. Die Polizei könnte viel besser ihre Aufgaben erfüllen, wenn sie sich bloß auf die Sicherheitspolizei beschränkte. Die Prostitution muß innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung bestehen, das Zuhälterthum aber ist nicht bloß ein Erzeugnis der politischen Beschränkungen und Verfolgungen, welchen die Prostituierten unterliegen, sondern es hängt mit dem Bestehen der Prostitution eng zusammen. Die Prostitution ist zum guten Theil eine Folge der schlechten Arbeitslöhne, die mitunter nur 40–50 Pf. täglich betragen. Durch entsprechende Erhöhung der Löhne kann schon viel geholfen werden, ebenso durch Gewährung voller Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen. Was die Kaserne rung betrifft, so tritt ja von Zeit zu Zeit auch in der Gegenwart das Streben hervor, Bordelle einzurichten, wie sie im Mittelalter zünftig waren. Die Besitzer hatten sogar das Recht, gegen Fluscher in diesem Gewerbe vorzugehen. Die Folge der Errichtung der Bordelle ist die Ausbeutung der Prostituierten. Die Motive der Vorlage gehen über die Bordellfrage sehr leicht hinweg, obgleich doch ihre thatächliche Folge die Errichtung von Bordellen ist, auch innerhalb der bestehenden Gesetzgebung ist bereits das Bordell gestattet. Ich erinnere nur an Hamburg. Der Bundesrat hat sich eingehend mit der Sache beschäftigt und auch Gutachten von Universitäten eingeholt. Ich bedaure, daß dieselben uns nicht mitgetheilt sind. Wir müssen entschieden Steckung nehmen zu der Frage: Sind die Bordelle gestattet oder nicht? Thatsächlich bestehen schon jetzt Bordelle, und wenn dies Gesetz angenommen wird, werden sie noch mit dem Schutz des Gesetzes umgeben. Man kann die Inhaber als Bordellräthe, meinetwegen als geheime Bordellräthe bezeichnen. Die Begründung erkennt an, daß ganze Klassen von Dingen sich Unterhalt verschaffen müssen. Besten Dank für das Zugeständniß! Wenn man diese Leute bestrafen will, dann müssen doch erst diejenigen unter Strafe gestellt werden, welche zur gewerbsmäßigen Unzucht verleiten. Davon steht im Gesetz nichts. Ich habe mich bei Verhandlungen über Kuppelstiel stets gewundert, welchen geringen gesetzlichen Schutz die Verkuppelten genießen. Man will anstößige Schriften bestrafen. Ich könnte Ihnen recht viel anstößige Stellen in der Bibel zeigen, und die geben Sie doch den Kindern zum Lesen. Welche Urtheile haben wir bei der Bestimmung bezüglich Richtigkeit zu erwarten? Besonderes Vertrauen können wir zu den Richtern heute nicht haben. Man sehe sich doch nur die vielfach gefallenen Urteile an. Was wird heute nicht alles verurtheilt! Sind doch sogar Leute, die für die Streitenden gesammelt haben, als Bettler verurtheilt worden! Das stärkt doch das Vertrauen zu unserer Justiz nicht. Was kann alles als Richtigkeit und gemeinsame Bosheit bestimmt werden! Das ist das Böse, daß politische Dinge heute in die Gerichte hineingetragen werden. So lange Sie nicht willkürliche Schöffens- und Schwurgerichte einrichten, kann es nicht besser werden. Deshalb halte ich auch die Bestimmung über die beschränkte Öffentlichkeit für unannehmbar; denn durch volle Öffentlichkeit wird der Gesellschaft am besten genützt. Der ganze Gesetzesvorschlag ist eine Bankrotterklärung der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Geheimrat Lenthe: Der Bundesrat hat bereits vor Jahren dem Senat Hamburgs von der Unzulässigkeit der Errichtung von Bordellen Kunde gegeben. Wenn gesagt worden ist, in Hamburg bestehen Bordelle, so muß ich dem auf Grund amtlicher Mitteilungen widersprechen. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn in gewissen Strafen sich die Personen zusammenfinden, die gewerbsmäßige Unzucht treiben, so liegt das daran, daß sie von der Polizei gezwungen werden, in gewissen Straßen zu wohnen. Ich verwahre mich dagegen, als ob die Bestimmungen dieses Gesetzes die Absicht hätten, die Errichtung von Bordellen gesetzlich zu fördern. Wir wollen lediglich verhindern, daß derjenige, welcher an Prostituierte verfällt, als Kuppelster Straft wird. Die Schmähungen gegen unsere Gerichte und Staatsanwälte weise ich entschieden zurück, und ich habe zu Ihren Urtheilen mehr Vertrauen, als zu denen des Abg. Stadthagen. Die Gerichte unterscheiden auch nicht den Reichsbehörden, sondern den Landesbehörden, eine Kritik ihres Verhaltens gehört also nicht hierher. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Ich habe in meiner früheren Rede nichts Indezentes gesagt, im Gegenteil es sind mir von Geistlichen und Damen Anerkennungsschreiben zugegangen dafür, daß ich der gegenwärtigen Gesellschaft die Massen beruhigen könne. Ich halte das aufrecht, was ich über Ihr christliches Verhalten gesagt habe. Es ist unchristlich, wenn Sie dem einen Geschlecht das verbieten, was Sie dem anderen erlauben. Die Prostitution wäre undenkbar ohne Männer, die sie suchen, sie wäre undeutbar ohne jene gesellschaftlichen Zustände, die die Frauen in die Arme der Prostitution treiben. Die christliche Moral gipfelt in jenem auf die Ehebrecherin bezüglichen Satz: Wer sich frei von Schuld fühlt, werfe den ersten Stein auf sie! Wir vertreten diese Moral, obwohl Sie uns Unchristlichkeit vorwerfen. Wir verlangen Gleichheit und Gerechtigkeit, und das erste Erfordernis der Gerechtigkeit wäre, daß jeder geschlechtskrone Mann gesetzlich verpflichtet würde, sich einer ärztlichen Behandlung zu unterziehen. Das Gesetz läuft tatsächlich darauf hinaus, die Einführung der Toleranzhäuser zu erleichtern, und das heißt doch nichts anderes, als die Prostitution staatlich zu organisieren. Gerade die ersten Gesellschaftsklassen sind am unmittelbarsten und sollten von einem Gesetze getroffen werden, die Leute, die wie die Mitglieder des bekannten Jugendbundes, auf den Straßen sich umhertrieben, wenn die Mädchen ins Geschäft gingen und sich Opfer für ihre Lustsucht aussuchten. Die Anschaunungen über sittlich und unsittlich wechseln, und ich könnte Ihnen aus der Bibel, aus dem alten Testamente über sehr göttigfällige Männer wie David und Salomon Stellen anführen, die heute auf Grund des Sittlichkeitsparagraphen verboten werden würden. Die sozialistische freie Liebe ist lediglich eine Konsequenz des von Ihnen als Voraussetzung für die Prostitution anerkannten Satzes, daß es Naturtriebgebot ist, die befriedigt werden müssen.

Damit schließt die Debatte, und die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 10. Januar, 1 Uhr.
(Brauweier vorlage.)

Schluss 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 15. Dez. Die gespannte Situation in Sachen der Militärvorlage wird noch schwieriger, wenn man bedenkt, daß bisher so gut wie niemals eine Militärvorlage vom Reichstage abgeändert worden ist. Immer nur in verhältnismäßigen Kleinigkeiten hat der Reichstag etwas an den Vorlagen gebeffert; sonst aber mußte er sie einfach annehmen oder ablehnen. Es liegt das auch in der Natur der Verhältnisse. Militärische Reorganisationen sind ein so schwieriges Unternehmen, daß sie nur von den Fachmännern auf der Grundlage des ihnen allein zugänglichen Materials entworfen werden können. Was der Volksvertretung alsdann als Recht und Pflicht zusteht, ist die Prüfung der Regierungsvorschläge nach der allgemeinen politischen und wirtschaftspolitischen Seite hin. Jetzt zum ersten Male ist die Lage derartig, daß vom Reichstage nach einem Kompromißwege geforscht wird. Mancherlei wirkt dazu zusammen, einmal die offene Sympathie für die Persönlichkeit des Grafen Caprivi, sodann der wichtige Umstand, daß in der Militärvorlage diejenigen Konzessionen stecken, die eine Mehrheit des Reichstags immer entschiedener verlangt hat, und die aus dem unannehbaren Rest nur herausgebracht zu werden brauchen. Zentrum, Freisinnige, wohl auch Nationalliberale würden bereit sein, eine Rekrutenvorstellung von 25–30 000 Mann für die Gewährung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit zu bewilligen. Vielfach wird angenommen, daß sich die Militärverwaltung auch damit allenfalls zufriedengeben würde. Die Schwierigkeit,

erst sein Vopenpatent ausnützen. Aber eine Bedingung kommt hierzu noch: bevor der neue Pope in dem langen Rock seinen Fuß in die Kirche setzt, muß er verherrathet sein. Der Pope kann in seinem Leben aber auch nur einmal betrathen. Von dem Bordinst als Schulmeister und Psalmsänger werden nur diejenigen wenigen Vopenkandidaten befreit, die in der geistlichen Akademie ihre Ausbildung erhalten haben.

Das Volk erschaut aus seiner Geistesnacht heraus die griechisch-orthodoxe Religion in einem mystischen Lichte. Es hält an seinem Glauben, daß man nur allein durch den orthodoxen Glauben sich werden kann und daß ein jedes Heiligensymbol Gebete zu erhören und Wunder zu thun im Stande sei. Und die Obrigkeit freut sich bloß dazu. Sie weiß sehr wohl, daß solch ein Wunderglauke die festeste Grundmauer der Orthodoxie ist. Man gestattet daher auch in keiner Weise, an dem Prestige der Orthodoxie mit dem Finger der Vernunft zu rühren. So wurde vor einigen Jahren in Petersburg im Interesse des Mystizismus ein Fall des Kirchenraubes von der richtenden Gewalt außerhalb des Strafbereichs gelassen. Ein um Existenzmittel verlegener Arbeiter hatte nämlich in einer Kirche aus einem Heiligensymbol einen dessen Auge vorstellenden Edelstein gestohlen und als der gefaßte Dieb vor das Gericht geführt wurde, sagte er aus, daß das Heiligensymbol ihm während des Kirchendienstes mit den Augen zugeschnitten habe, damit er es beraube, um sich Brot zu verschaffen. Er habe sich dann in der Kirche versteckt und nachdem die Gemeinde fortgegangen sei, sein Werk ausgeführt. Durch die plumpen Erfindungen von dem Augenblinzeln des Heiligensymbolen wurden dem Gericht einfach die Hände gebunden, denn es durfte dem Diebe nicht entgegensestellen, daß er lüge, weil ein Heiligensymbol garnicht im Stande sei, Leben zu äußern. Das hätte der orthodoxen Konfession den Nimbus zerstört und was hätte dann das Volk darüber gesagt. Dem Petersburger Böbel war der Diebstahl auch weit bekannt geworden und er glaubte seit an die ihm zu Grunde gelegte Fabel und nahm Partei für den Dieb. Was das Gericht ihm konnte, war, daß es den Dieb ermahnte, vor einer unsoliden Verlockung eines Heiligensymbolen sich nächstens zu hüten und dann laufen ließ. Besser noch bezeugt der Kultus mit dem Bilde der Mutter Gottes zu Kasan das Bestreben zur Erhaltung des My-

stizismus. Das Kasansche Bild soll einstens haarräubende Wunderthaten geleistet haben und dafür wird dem Bilde nun alljährlich den 3. Nov. ein Kirchfest gefeiert. An dem Festtag müssen in den Provinzen alle Geschäfte geschlossen sein und es sollte ein Nichtorthodoxe bloß wagen, nicht mitfeiern zu wollen oder die Historie mit dem Bilde für einen Schwundel zu erklären.

Die "Post" schreibt: "Man will wissen, daß die Frühstückstafel vom letzten Sonntag im Neuen Palais, die einen rein militärischen Charakter hatte, mit der Sitzung des Reichstages vom Montag in einem gewissen Zusammenhang stand, infolfern, als hier die Vereinbarungen zwischen dem Staatsoberhaupt und dem Reichskanzler in Betreff der Neuverfassung des Grafen Caprivi über den Ahlwardt-Prozeß, die, wie man wissen will, auf den Willen des Kaisers zurückzuführen sind, getroffen worden sind."

Zum Vorsitzenden der Militärikommission ist Frhr. v. Mantuffel (konf.) zum Stellvertreter Frhr. v. Wendt (Btr.) designiert worden. In der Militärikommission sind die Freisinnigen (wie schon mitgetheilt) durch die Abg. Baumgärtner, Hugo Hermes, Hinze, Richter, Rickert und Bayer (Volksp.), die Sozialdemokraten durch die Abg. Bebel, Grillenberger und Singer, die Nationalliberalen durch die Abg. v. Bemmisch, Buhl, Schneider-Hamm, die Reichspartei durch den Abg. Frhr. v. Stumm, die Deutschkonservativen durch die Abg. v. Mantuffel, v. Hammerstein, Graf v. Saldern-Wohlmb., v. d. Schulenberg und v. Friesen, das Zentrum durch die Abg. Graf Ballerstrem, Frhr. v. Buol, Tritzen (Düsseldorf), Dr. Schädlar, Frhr. v. Wendt, Gröber, Dr. Lieber, Graf von Preysing und die Polen durch die Abg. Dr. v. Romerowksi und Graf Krölekt vertreten.

Die Firma Ludwig Löwe u. Co. läßt mehreren Berliner Zeitungen folgende Mitteilung zugehen:

Der "Figaro" (Paris) bringt die Nachricht, daß sich in den Händen des Schwiegersohnes Boulangers ein Brief unserer Firma vom 20. Oktober 1883 befindet, wonach wir uns der französischen Regierung gegenüber zur Lieferung von Maschinen und Werkzeugen für Gewehrfabrikation erhielten. Die französische Regierung stand zur Zeit im Begriff, für mehrere Millionen Franks Maschinen in Amerika zu bestellen, und es ist zu treffend, daß wir am 20. Oktober 1883 an das französische Kriegsministerium eine Offerte auf Lieferung von Maschinen und Werkzeugen für Gewehrfabrikation gerichtet haben, mit der Motivirung, daß wir mit den in Betracht kommenden amerikanischen Fabriken sehr wohl zu konkurrieren in der Lage wären. Zu unserem Bedauern haben wir einen Auftrag nicht erhalten. Derselbe ist zum

werden. In den Höfen lassen sie ihre widerwärtigen Rufe in die Wohnungen hinein erhallen und man kann von Glück sagen, daß ihnen die Hausschwelle unüberschreitbar ist.

Was eine solche Almosenauspreßerei nun noch abscheulicher macht, ist, daß die russischen Klöster ihrer nicht im Geringsten bedürfen. Die Klöster haben ja seit Jahrhunderten so viel Geld und Geldeinsatz zusammengerafft, daß sie darin ja fast schon erstickt möchten. Nicht Millionen sind, es sind Milliarden. Die Klöster sind das tauendfache Echo im Goldklang zu dem großen Schrei des Mangels im Zarenlande. Und nur mit einem kleinen Theil der Klosterschäze könnte man der zerfahrenen Wirtschaft wieder zurechthelfen und die augenbläßliche Geldnot der Regierung beheben. Und wenn alle die totliegenden Klosterschäze für den Staat gehoben würden, dürfte Russland ein kleiner Geldproß werden unter den Staaten. Allein das wird nimmer geschehen können und wenn auch der Spender all' der Schäze, das Volk, im Elend verfällt. Was den Klöstern gehört, behütet der Klerus mit Drachenklallen; er ist mächtig, er muß nichts, er will, er befiehlt.

Die Klostergeistlichkeit ist fähig gewesen, moralisch noch tiefer herabzusinken, als das Papenthum gesunken ist. Die Klöster sind tatsächlich wahre Gruben der geistigen und sittlichen Verkommenheit. Von den Nonnen und Mönchen werden Abenteuer erzählt, die die Schilderungen eines Boccaccio noch zu beschämen vermögen und gegen die die trallesten Phantasieprodukte eines Emile Bola noch lichte Tugendbilder sein mögen.

Von der großen Macht des russischen Klerus splittet sich ein starker Theil auf die Regierung ab. Es wird daher wie auf das Volk, so auf die Regierung gedrückt. Die heilige Synode in Petersburg, die Oudinessen des Papenthums und der Klostergeistlichkeit, thut das. In kirchenpolitischen Dingen ist die Regierung nichts, als eine Ausruferin der Beschlüsse der Synode und selbst auf anderen politischen Gebieten ist die Hand der Synode nicht immer fern vom Spiele. So sind so manche Gesetzesprojekte durch den Mund der Synode in den Papierkorb geblättert worden. Alles muß sich beugen vor dem Kreuz, alles ihm unterthan sein.

Selbstverständlich treiben die Klosterbrüder und Schwestern auch in den Städten ihr Unwesen. In Petersburg sind sie geradezu zur Stadtplage geworden. Wo man nur seinen Fuß hineinsetzen mag, kann man von dem bekannten barhäuptigen Mann oder dem schwarzbüschigen Frauenzimmer mit einem mit Silberbändchen kreuzweise überzogenen schwazzen Deckel in der Hand, belästigt

größten Theile nach Amerika, zu einem kleineren Theile an eine andere Fabrik in Deutschland gegeben worden. Hätten wir den Auftrag erhalten, dann würde das Deutsche Reich keinerlei Nachtheil davon gehabt haben, wohl aber die deutsche Industrie den großen Vortheil, daß die amerikanische Konkurrenz auch aus Frankreich, dem einzigen Lande in Europa, wo sich dieselbe, dank den eigenthümlichen politischen Verhältnissen, noch behaupten konnte, vertrieben worden wäre."

Alywden, 15. Dez. (Amtliches Wahlergebnis.) Bei der heutigen Landtags-Ersatzwahl im Wahlbezirk Sensburg-Dretzburg (7. Reg.-Bez. Gumbinnen) an Stelle des verstorbenen Landrats v. Schwerin wurden für den konserватiven Kandidaten, Rittergutsbesitzer v. Duassowksi-Groß-Kamionen (Kreis Sensburg), 242 Stimmen abgegeben. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. v. Duassowksi ist somit gewählt.

Aus dem Saarohlenrevier, 13. Dez. Eine Versammlung von mehreren Tausend Bergleuten beschloß, an den Minister von Berlepsch folgende Petition zu richten: "Die Bergleute des Saarreviers befürworten sich über die neue vom 1. Januar 1893 einzuführende Arbeitsordnung für die königlichen Gruben des Saarreviers und wünschen, daß dieselbe nicht erscheinen möge, ohne daß ihre verschiedenartigen abweichenden Wünsche darin berücksichtigt werden sind. Sollte diesen Wünschen nicht stattgegeben werden, so kündigen sämtliche Saarbergleute am 1. Januar die Arbeit, zu welchem Zweck ein aus 5 Personen bestehendes Streikomitee gewählt worden ist." Die gewünschten Änderungen beziehen sich namentlich darauf, daß der Achtstundentag einschließlich Ein- und Ausfahrt in den Schacht bewilligt wird, während in der Arbeitsordnung achtstündige Arbeit unter Tage vorgesehen ist.

Bermischtes.

Aus der Reichshauptstadt, 15. Dez. Eine entsetzliche Bluttat ist, wie schon telegraphisch gemeldet, in der Nacht zum Donnerstag von einem nichtzurechnungsfähigen jungen Mann an einer Prostituierten in dem Hause Bergstraße 26 begangen worden. Die "Presse" erhält darüber folgende Mitteilungen: Auf dem Hofe des Grundstücks Bergstraße 26 wohnt zu ebener Erde die 35 Jahre alte Prostituierte Anna Werner geb. Jetting, in dem der Polizei seit Jahren bekannten Absteigerquartier von Köschmida, das von einem Polizeirevier in das andere verlegt wird. In dem aus Stube und Küche bestehenden Quartier bewohnte der frische Thüler Köschmida mit seiner Chefrau und einer 16jährigen Tochter die Küche, während das Fenstrige Zimmer als "Absteigerquartier" vermietet wurde. In der Nacht um 1/2 Uhr betrat der Buhäler der Werner, Namens Schöneberg, das Zimmer und fand die Genannte auf dem Bett liegend mit durchschnittenem Halse tot vor. Der Schnitt war von der linken Seite mit einem Messer geführt worden. Neben der Leiche stand ein mittelgroßer, etwa 25jähriger fast bartloser Mann, dessen Hände von Blut triefen, der völlig teilnahmslos um sich blickte, keinerlei Wut machte, zu entfliehen und sich durch einen schnell herbeigeholten Wächter widerstandlos zum Polizeirevier führen ließ. Hier machte er den Eindruck eines Wahnsinnigen. Er nannte sich bald Förster, bald Blocksberg. Bei seiner Durchsuchung fand man eine Eisenbahnhälfte 4. Klasse, die in Eberswalde gelöst war, wie auch einen Abmelschein, der auf den Namen Friedrich Heine, am 15. März 1866 in Liep geboren, lautete. Der sofort hinzugezogene Dr. Stein konnte nur den Tod der Werner feststellen. Die Leiche blieb bis um 12 Uhr Mittags in dem Hause Bergstraße 26 und wurde, nachdem der Tatort durch den Untersuchungsrichter, Staatsanwalt und durch die Kriminalpolizei besichtigt worden war, nach dem Schauhaus übergeführt. Die Ermordete ist bei Köschmida nicht polizeilich gemeldet, und scheint eine feste Wohnung nicht gehabt zu haben. Wertvördig ist, daß die Familie Köschmida überhaupt nichts von dem Vorfall gehört haben will.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 15. Dez. Das Abgeordnetenhaus genehmigte mit großer Mehrheit das zweimonatliche Budgetprojekt. Dagegen sprachen und stimmten hauptsächlich die Jungtschechen. Im Laufe der Debatte kennzeichnete der Abg. v. Plener das frühere Verhältnis der Deutschen Linken zur Regierung als ein auf etwas künstlichen Vorauslegungen beruhendes, das wegen Mangels an einem positiven Arbeitsprogramm und bezw. der Weiterverfolgung gemischt der Deutschen Linken widerstreitender Tendenzen durch den Ministerpräsidenten dem ersten rauen Anstoße von Außen habe erlegen müssen. Die Deutsche Linke wahre sich nunmehr freie Hand, um ihrer Partei die Geltung zu verschaffen, die sie verdiente. Sie lehne die Verantwortung für die Führung der Geschäfte im Hause ab und richte sich den Interessen der Partei und des deutschen Volkes gemäß ein, sie habe nur patriotische Rücksichten, sowie Rücksichten auf das nationale, politische und wirtschaftliche Wohl ihrer Wähler zu nehmen. Der Abgeordnete Kekulic (dalmatinischer Serbe) stellte das Vorhandensein von Serben neben den Kroaten in Dalmatien fest und lehnte entschieden das Programm einer Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien ab, gegen welche sich die dalmatinischen Serben verwahren mühten.

Wien, 15. Dez. Der Central-Rechnungsausschuss des Staatshaushalts für das Jahr 1891 weist gegenüber dem Voranschlag einen Überschuss von 14 370 000 Gulden auf; die direkten Steuern ergaben einen Mehrrtrag von 6 770 000 Gulden, die indirekten Steuern einen Mehrrtrag von 9 100 000 Gulden, wogegen der Staatsseisenbahn-Betrieb einen Ausfall ergab.

Wien, 15. Dez. Die amtliche "Wiener Zeitung" veröffentlicht die Durchführungs-Verordnung zu dem deutsch-österreichischen Uebereinkommen betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Marken.

Wien, 15. Dez. Dem "Fremdenblatt" zufolge hat der Präsident der "Alpine-Montan-Gesellschaft", Graf Bodzicki, der zugleich Gouverneur der Länderbank ist, seinen Abschied eingereicht, sein Nachfolger bei der "Alpine-Montan-Gesellschaft" wird ein Mitglied des Verwaltungsrates dieser Gesellschaft.

Pest, 15. Dez. (Abgeordnetenhaus.) Bei der heute fortgesetzten Generaldebatte über das Budget sprach der Abgeordnete Pech von der angeblichen Entfremdung zwischen der Krone und der Nation und erklärte, falls dem so wäre, sei es die erste und die hauptsächlichste Aufgabe der Regierung, dies zu befeitigen durch die Informirung des Kaisers über die wahren Gesinnungen der Nation, welche dynastisch gesinnt sei, wie keine andere.

Pest, 15. Dez. Heute Vormittag haben hier unter dem Vorsitz des Fürstprimas Bajzary die Bischofs-Konferenzen begonnen, an welchen alle ungarischen Bischöfe teilnehmen.

Pest, 15. Dez. Die Bischofskonferenz beschloß, entsprechend dem Referat des Fürstprimas Bajzary, eine gemeinsame Darlegung an den Papst, den Kaiser und die Regierung, in welcher die Gefahren und die ernsten Konsequenzen des kirchenpolitischen Programms der Regierung erörtert werden. Werner wurde beschlossen, die schädlichen Folgen dieses Programms bereits anlässlich der Budgetdebatte im Oberhause darzulegen.

Triest, 14. Dez. Erzherzog Franz Ferdinand ist von seinen Eltern und Geschwistern begleitet, heute Abend um 8 Uhr hier eingetroffen und von den Spalten der Behörden empfangen worden. Von der Bevölkerung lebhaft begrüßt, begeben sich die Fürstlichkeiten an den Strand. Erzherzog Franz Ferdinand fuhr alsdann an Bord der "Elisabeth", Erzherzog Karl Ludwig mit seiner Familie an Bord des elektrisch beleuchteten "Greif". Die Abfahrt der "Elisabeth" ist auf morgen Nachmittag 2 Uhr angesetzt.

Baden i. Margau, 15. Dez. Ein manövriertes Güterzug der Nordostbahnlinie fuhr heute Vormittag 10 Uhr in Folge falscher Weichenstellung in ein unrichtiges Gleise und zertrümmerte vier dort befindliche leere Personenwagen, welche theilweise auf die Straße geworfen wurden, wo die Trümmermasse hoch aufgehäuft steht. Die erste der beiden Lokomotiven bogte sich in den Sand. Führer und Heizer konnten abspringen, sodaß Niemand verletzt wurde. Der Verkehr ist vollständig gehörnt und wird durch Umsteigen ermöglicht. Die Passagiere müssen durch das Südchen gehen bis zum Südende des Tunnels, wo die Bahn nach Zürich warten. Man hofft die Linie noch heute wieder frei zu machen.

Rom, 14. Dez. Die über eine bevorstehende Änderung beziehungsweise Umbildung des Kabinetts umlaufenden Gerüchte entbehren, wie die "Agenzia Stefani" meldet, jeglicher Begründung.

Rom, 15. Dez. Heute sind zwei päpstliche Schreiben an die italienischen Bischöfe und an das italienische Volk veröffentlicht worden, in welchen die Freimaurerei lebhaft bekämpft wird, die den teuflischen Zweck verfolge, an die Stelle des Christenthums den Naturalismus zu setzen.

Paris, 15. Dez. [Deputirtenkammer.] Die Tribünen sind überfüllt. Unter lebhafter Bewegung des Hauses beantragen der Justizminister Bourgeois und der Ministerpräsident Ribot die sofortige Verathung des Antrages Bourqueré betreffend die Befugnisse der Panama-Untersuchungskommission, damit der Antrag sofort verworfen werde. Die Minister stellen hierbei die Vertrauensfrage. Bisschon beantragt dagegen die Vertagung der Verathung, er billige das Prinzip des Antrages, halte aber augenblicklich die Befugnisse der Untersuchungskommission für ausreichend. Herauf wurde die sofortige Verathung mit 424 gegen 122 Stimmen beschlossen.

Paris, 15. Dez. In dem heutigen Kabinetsrathe kündete der Justizminister Bourgeois die Absicht an, den Antrag Bourqueré de Boisseron betreffend die Übertragung richterlicher Befugnisse auf die Panama-Untersuchungskommission von der Tribüne herab zu bekämpfen.

Paris, 15. Dez. Jules Roche hat gegen das Journal "Libre Parole", welches behauptet hatte, daß der Name Roche's auf dem Verzeichniß der Cheques figuren, das bei Thiers beschlagnahmt wurde und von dem Thieré gestern vor der Kommission behauptet, daß es verbrannt worden sei, bei dem Aussenhof die Klage wegen Verleumdung erhoben.

Der Deputirte Emmanuel Arène hat an den boulangistischen Deputirten Gabriel seine Zeugen geschickt, weil dieser während der Rede Ribots in der Kammer ausgerufen hatte: Alle Welt applaudirt, selbst Emmanuel Arène.

Eine den Abendblättern zugestellte Mittheilung bezeichnet die Nachricht von einer geplanten Vermählung des Prinzen Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Helene von Orleans als unbegründet.

Paris, 15. Dez. Eine Depesche aus Rio de Janeiro meldet von einem Militär-Aufstand, der sofort unterdrückt worden sei. Die Schuldigen seien verhaftet.

Brüssel, 15. Dez. [Minizkonferenz.] Die von der Konferenz eingesetzte Kommission hielt heute eine Sitzung ab, in welcher der Wortlaut des der Konferenz heute Nachmittag zu erstattenden Berichtes festgesetzt wurde. Die Kommission gelangte, nachdem sie die Gründe für und gegen die Vorschläge, welche die Delegirten Detgen, Houldsworth und Allard der Konferenz unterbietet hatten, sowie die von Favre, Forstall und Sainteselle dazu beantragten Amendements in Erwägung gezogen hatte, zu dem Schlusse, daß sie, weil die Konferenz sich noch nicht zur Hauptfrage ausgesprochen habe, über die verschiedenen dazu eingebrachten Vorschläge weder irgend ein Votum abzugeben noch auch irgend ein Kompromiß bezüglich der zur Zeit auf dem Gebiete der Münzwährung herrschenden Doktrinen zu formuliren in der Lage sei.

London, 15. Dez. Nach einer Meldung des "Reuter'sche Bureaus" aus Peking, hat der neu ernannte englische Gesandte für China, O'Connor, dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Bukarest, 14. Dez. Der Senat hat mit 63 gegen 7 Stimmen den Adressentwurf genehmigt. Der Minister des Auswärtigen Lohovary betonte in der heutigen Sitzung bezüglich der Zappas Angelegenheit, er werde danach streben, daß die Souveränität des Landes in jeder Beziehung gewahrt bleibe. Derselbe ersuchte gleichzeitig die Opposition von einer Kritik der Handelsverträge den Abschluß der Verträge mit Frankreich und Deutschland abzuwarten. Vernerco (Opposition) billigte die Zurücknahme eines Schiedsgerichts in der Zappaschen Erbschaftsangelegenheit, tadelte aber die Art der Intervention in dem genannten Prozeß. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte der Domänenminister Mano, die in dem rumänischen Generaltarife aufgestellten Prinzipien würden durch die von der Regierung vorgelegten Handelsvereinbarungen nicht berührt.

Bukarest, 14. Dez. Der Senat hat mit 63 gegen 7 Stimmen den Adressentwurf genehmigt. Der Minister des Auswärtigen Lohovary betonte in der heutigen Sitzung bezüglich der Zappas Angelegenheit, er werde danach streben, daß die Souveränität des Landes in jeder Beziehung gewahrt bleibe. Derselbe ersuchte gleichzeitig die Opposition von einer Kritik der Handelsverträge den Abschluß der Verträge mit Frankreich und Deutschland abzuwarten. Vernerco (Opposition) billigte die Zurücknahme eines Schiedsgerichts in der Zappaschen Erbschaftsangelegenheit, tadelte aber die Art der Intervention in dem genannten Prozeß. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte der Domänenminister Mano, die in dem rumänischen Generaltarife aufgestellten Prinzipien würden nicht berührt.

Sofia, 15. Dez. Die "Agence Balkanique" konstatiert, daß die Bekanntgabe der geplanten Verfassungsänderung Anfangs tatsächlich in der Hauptstadt wie in den Provinzen und auch bei mehreren Gruppen der Deputirten einen ungünstigen Eindruck gemacht habe, insbesondere sei die Abänderung des Artikels 38 selbst bei einflußreichen Persönlichkeit energisch widergesprochen. Allein nach näherer Erwagung und Erörterung in der Presse sei gegenwärtig die öffentliche Meinung der geplanten Abänderung günstig und letztere werde nunmehr als nothwendig zur Konsolidirung der Dynastie und Erhaltung der Ruhe des Landes erachtet. Durch die Abänderung des Artikels 38 der Verfassung werde die Vermählung des Prinzen Ferdinand erleichtert werden. Es herrsche sogar die Ansicht vor, ein Heiratsprojekt des Prinzen bestehe bereits und werde demnächst angekündigt werden.

Newyork, 15. Dez. Eine Depesche des "Newyork Herald" aus Valparaiso besagt, die chilenische Regierung habe eine Militärverschwörung entdeckt, deren Zweck gewesen sei, das 7. Regiment aufludigeln. Die Verichwörer seien verhaftet worden, es seien sämtlich ehemalige Offiziere.

Marienwerder, 16. Dez. Von der Reichstagsstichwohl sind bisher die Resultate aus fünf Städten und fünfzwanzig ländlichen Ortschaften bekannt. Wessel (freik.) erhält dort 3054, v. Donimirski (Pole) 2626 Stimmen.

Paris, 16. Dez. In den Wandelgängen der Kammer

verlautete, Briffon werde den Vorsitz in der Panamauntersuchungskommission niedergelegen. Ebenso sollen die der Kommission angehörenden Deputirten der Rechten beabsichtigen, aus derselben auszuscheiden.

Handel und Verkehr.

London, 14. Dez. [Resumé Wollauktion.] Feine Greasy Merino 7½, geringe parti bis 5, feine Scoured Merino 7½, Mittelforten und Ordinäre 5, Greasy Crossbred parti bis 5 Prozent über Oktober. Feine Scoured Crossbred parti bis 5 Prozent billiger, Ordinäre parti bis 5 Prozent theurer. Cape und Natal feine Snow white 5 bis 7½, geringe parti bis 5, Greasy und Fleecy 5 Prozent über Oktoberpreise. Preise stetig. Nächste Auktion 24. **** Bradford**, 15. Dez. Markt ruhiger. Wolle fest, englische gehalten. Merino weniger fest. Garne ruhiger, jedoch Spinner beschäftigt und fest. Mohair und Alpacca fester.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduc. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Tem Grad
15. Nachm. 2	751,8	WW stark	bedeckt	+ 2,5
15. Abends 9	751,3	SW mäßig	bedeckt	+ 2,0
16. Morgs. 7	749,9	NW mäßig	bedeckt	+ 1,5

1) Vormittags schwacher Regen.

Am 15. Dez. Wärme-Maximum + 2,5° Cel.

Am 15. - Wärme-Minimum - 1,5° -

Produkten- und Börsenberichte.

Bonds-Kurse.

Breslau, 15. Dezember. (Schlußkurse.) Fest.
Neue Proz. Reichsanleihe 86,00, 3½, proz. L.-Pfandb. 97,80, Consol. Türk. 21,75, Türk. Loos 91,00, 4proz. ung. Goldrente 96,00, Bresl. Distriktofab 96,50, Breslauer Bechselfabrik 97,00, Kreditaktien 166,75, Schles. Bankverein 111,00, Donnersmarckb. 81,50, Flöther Wochsenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 111,00, Überschle. Eisenbahn 42,25, Oberösel. Portland-Cement 64,50, Schles. Cement 113,50, Oppeln. Cement 83,50, Schles. D. Cement —, Kramfia 123,00, Schles. Bankaktien 186,50, Laurahütte 95,25, Verein. Delffab. —, Österreich. Banknoten 169,40, Russ. Banknoten 204,10, Giebel Cimento 70,00.

Frankfurt a. M., 15. Dez. (Schlußkurse.) Fest.

Lond. Wechsel 20,332, 4proz. Reichsanleihe 107,05 österr. Silberrente 82,15, 4½, proz. Papierrente 82,55, do. 4proz. Goldrente 98,35, 1860er Loos 126,30, 4proz. ung. Goldrente 96,00, Italiener 92,30, 1880er Russen 97,30, 3. Orientali. 66,40, unfiss. Egypter 99,65, fons. Türk. 21,65, 4proz. türk. Ank. 86,60, 4proz. port. Ank. 21,70, 5proz. serb. Rente 76,00, 5proz. amort. Rumäniens 97,00, 5proz. Ioniol. Mex. 76,40, Böh. Westbahn 291,20, Böh. Nordb. 155,40, Franzosen —, Galizier 183,75, Gotthardbahn 156,20, Vorbörden 79,75, Lübeck-Büden 137,50, Nordwestbahn 178,00, Kreditaktien 265,40, Darmstädter 131,60, Mitteld. Kredit 96,00, Reichsb. 149,40, Dist. Kreditaktien 177,90, Dresden. Bank 138,30, Pariser Wechsel 80,825, Wiener Wechsel 169,27, serbische Tabakrente 75,70, Bohem. Eisenbahn 115,00, Dortmund. Union 51,00, Harpener Bergwerk 123,00, Übernia 107,50, 4proz. Spanier 64,40, Matzner 110,10.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 265,40, Dist. Kreditaktien 178,80, Berliner Handelsgeellschaft —.

Wien, 15. Dez. Auf neuerliche Budapester Meldungen über bevorstehende Inangriffnahme der Valutagefächer fest, bei unbelebtem Verkehr.

Österz. 1½%, Papier. 97,75, do. 5proz. 100,60, do. Silberrente

